

# Europa mit Steinfurter Handschrift

## Delegierte der Kreis-CDU freuen sich über Erfolg beim Leipziger Bundesparteitag

LEIPZIG/KREIS STEINFURT. Gemeinsam mit der Kreisvorsitzenden Christina Schulze Föcking, dem Europaabgeordneten Dr. Markus Pieper und CDU-Bundesvorstandsmitglied Karl-Josef Laumann, machten sich am Wochenende elf Mitglieder des CDU-Kreisverbandes Steinfurt auf den Weg zum Bundesparteitag nach Leipzig. Im Vorfeld hatten sich die Kommunalpolitiker intensiv mit dem Antrag „Starkes Europa – Gute Zukunft für Deutschland“ auseinandergesetzt, welcher nun in Leipzig verabschiedet wurde. „Jeder einzelne unserer Änderungsanträge wurde berücksichtigt und von den

Delegierten beschlossen“, konnte der stellvertretende Kreisvorsitzende Markus Pieper jetzt einen beachtenswerten Erfolg vermelden.

So konnten beim Europäischen Stabilitätsmechanismus die Forderungen nach einer zeitlichen Befristung der Programme und regelmäßige Kompetenzüberprüfungen durch den Bundestag durchgesetzt werden.

Für große Aufmerksamkeit sorgten Pieper und seine Mitstreiter mit dem Antrag für eine Austrittsoption aus dem Euroraum. Im verabschiedeten Leitantrag heißt es jetzt: „Sollte ein Mitgliedsstaat der Währungsunion dauerhaft nicht willens oder

in der Lage sind, die mit der gemeinsamen Währung verbundenen Regeln einzuhalten, kann er freiwillig aus der Eurozone ausscheiden, ohne die EU zu verlassen. Er wird den anderen Mitgliedern gleichgestellt, die nicht die Währung Euro haben.“ Vor allem mit Blick auf den mittelständisch geprägten Wirtschaftsstandort Kreis Steinfurt, begrüßten die Steinfurter Delegierten die grundsätzliche ordnungspolitische Ausrichtung des Europapapiers. So präzisiert der Leitantrag die strikten Auflagen der Rettungsprogramme, die weitergehende Regulierung der Finanzmärkte und betont die Un-

abhängigkeit der Europäischen Zentralbank. Auch die Forderungen nach einer stärkeren europäischen Integration der Finanz- und Wirtschaftspolitik mit mehr EU-Kompetenzen fanden die Zustimmung der Wirtschaftsvertreter. Und noch einer Forderung aus dem Kreis Steinfurt, für welche sich insbesondere Markus Pieper seit langem engagiert, schloss sich der Parteitag an: Der Forderung nach einem unabhängigem EU-Normenkontrollrat zur Stärkung des Subsidiaritätsprinzips. Dieses Gremium soll am Anfang europäischer Gesetzgebung bewerten, ob die EU dafür überhaupt die notwendigen Kompetenzen hat. So müssen Regelungen zu Mindestlöhnen, sozialer Verantwortung von Unternehmen, Mutterschutz oder Frauenquoten in der Verantwortung der Nationalstaaten verbleiben.